

KlubExpress

AKTUELLES VON DER LANDTAGSSITZUNG AM 18. & 19. DEZEMBER 2019 | AUSGABE 8.2019

Von Ibiza bis Bethlehem

KO Roland Frühstück

Eine laut Eigendefinition eines ehemaligen Vizekanzlers „bsoffene Gschicht“ hat dem politischen Jahr 2019 den Stempel aufgedrückt.



Eine erfolgreiche Regierung ging über Nacht im wahrsten Sinne des Wortes auf Ibiza baden. Seitdem ist in der

österreichischen Politik kein Stein mehr auf dem anderen geblieben.

Auch für einen langjährigen Politiker war es erstaunlich, welche Turbulenzen auf Bundesebene in der Folge zu beobachten waren. Mir wurde einmal mehr bewusst, wie wichtig Stabilität, aber auch das Thema Moral für die Politik ist. Diese Eckpfeiler unserer Demokratie treten im Politikalltag leider des Öfteren ins Hintertreffen. Wir stehen kurz vor dem Heiligen Abend. Eine gute Gelegenheit, um die eigenen Gedanken zu sortieren und im Sinne von Weihnachten neue Hoffnung für das kommende Jahr zu schöpfen.

In diesem Sinne net lugg lo und

Frohe Weihnachten!



Zukunftsprojekt Campus: Ein Investitionsschwerpunkt im Budgetvoranschlag 2020.

Investitionen auf Rekordniveau

Das Budget 2020 steht unter neuen Vorzeichen, weil es erstmals in Form des neuen Haushaltsrechts (VRV 2015) erstellt wurde. Der Haushalt wird nun in Form eines Drei-Komponenten-Rechnungswesens geführt.

„Der Voranschlag sieht einen Ergebnisvoranschlag mit Aufwendungen in der Höhe von 1,85 Milliarden Euro und einen Finan-

„Wir steigern die Investitionen um 43 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.“

Klubobmann Roland Frühstück

zierungsvoranschlag mit Auszahlungen in der Höhe von nicht ganz zwei Milliarden Euro vor“, erläuterte VP-Klubobmann Roland Frühstück die Eckpunkte des Voranschlags 2020.

Hohe Investitionen in die Infrastruktur

Allein im Infrastrukturbereich sind beträchtliche Investitionssteigerungen gegenüber

dem Landesbudget 2019 vorgesehen, nämlich um 43 Prozent von knapp 50 auf über 71 Millionen Euro. „Maßgeblich verantwortlich dafür ist der enorme Finanzbedarf für wichtige laufende und künftige Projekte, wie die Aufstockung und Sanierung der Fachhochschule, die Erweiterung der Landesberufsschule Dornbirn sowie den Bau des Autobahnanschlusses Rheintal-Mitte, der Rheinbrücke in Fußach und die erste Baustetappe des Stadttunnels Feldkirch.

Sparsamkeit im Vollzug

Bis zu 34 Millionen Euro des Budgets werden über Darlehen vom Kapitalmarkt finanziert. Dies wurde bereits im Vorfeld der Budgetdebatte von den Oppositionsparteien kritisiert. Den Vorwurf, das Land werde zum Schuldenmacher, wies Finanzreferent und Landeshauptmann Markus Wallner vehement zurück. Es müsse in allen Ressorts gespart werden, um den laufenden Haushalt im Gleichgewicht zu halten, so Wallner. Es stünden große Generationen-Investitionen an, die eine solche Sonderfinanzierung ermöglichen.

Wörtlich

„Wir fahren in der Kinderbetreuung auf der Autobahn auf der Überholspur mit 140!“

Klubobmann Roland Frühstück in der Generaldebatte zum Landesvoranschlag 2020

„Diese gefährliche Drohung mit dem gemeinsamen Sportevent aller Abgeordneten, da muss ich mir jetzt schon eine gute Ausrede überlegen.“

Christoph Thoma als Erstredner nach dem Kapitel „Sport“

„Oh, wie schön ist nicht nur Panama, sondern auch die Kultur!“

Barbara Schöbi-Fink in der Kulturdebatte

„Jeder hat zu diesem Thema eine Meinung, aber keiner weiß wirklich, was mit der Mautbefreiung passieren wird!“

Landesrat Marco Tittler bringt die Diskussion in der „Aktuellen Stunde“ auf den Punkt

„Ich glaube das wird eine Metzlerdiskussion – ich hoffe, wir metzeln uns nicht ab!“

Christina Metzlers Wortmeldung direkt nach Christoph Metzler

Gesetzesnovellen

Reform des Bergführer- und Schischulgesetzes

In der aktuellen Landtagssitzung wurde einstimmig eine Novelle des Bergführer- und Schischulgesetzes beschlossen.



„Bei den Schilehrern schaffen wir eine Neuausrichtung der Ausbildungswege.“

LAbg. Thomas Winsauer

„Mit der vorliegenden Novelle des Bergführergesetzes wird die Möglichkeit geschaffen, dass nicht nur Bergsteigerschulen, sondern künftig – spartenspezifisch, entsprechend der jeweiligen Ausbildung des Bewilligungswerbers – Schulen für Bergsteigen, Canyoning, Sportklettern oder Wandern betrieben werden können“, berichtet VP-Legistiksprecher Thomas

Winsauer über die wesentlichste Neuerung für diese Berufssparte.

Neue Ausbildungsphilosophie

Bei den Schilehrern sieht das neue Gesetz eine grundsätzliche Änderung der Ausbildungsphilosophie vor. Die bisherige multisportive Ausbildung wird durch eine fachspezifische ersetzt: „Wir passen damit die Ausbildung an die praktischen Erfordernisse an. In Zukunft wird es möglich sein, in den Schilafarten alpiner Schilaulauf, Snowboarden und Langlauf eine spartenspezifische Ausbildung zu absolvieren, die auch den Berechtigungsumfang des jeweiligen Schneesportlehrers definiert“, erläutert Winsauer diese grundsätzliche Änderung im Schischulgesetz. Weiters werden die Anforderungen für die Inhaberschaft einer Schischulbewilligung angepasst.

Wohnbauprogramm des Landes auf Rekordniveau

Der Forderung der Sozialdemokratie nach einer weiteren Ausweitung des Bauvolumens der gemeinnützigen Bauvereinigungen erteilte VP-Wohnbausprecher Harald Witwer eine deutliche Absage.



„Wir brauchen realistische Planungen im Bereich des Gemeinnützigen Wohnbaus.“

LAbg. Harald Witwer

„Die öffentliche Hand würde in der derzeitigen Phase der Hochkonjunktur zum Kostentreiber werden. Das betrifft nicht nur den Bereich der Baukosten, sondern auch das Thema Grundstücksbeschaffung“. Priorität hat für Witwer vielmehr die Erhöhung des Kontingents an integrativen Mietwoh-

nungen auf 700 bis 750 Wohnungen jährlich sowie den Ausbau des Programms „Wohnen 500“.

Im Zuge der Debatte hielt VP-Wohnbausprecher Harald Witwer für seine Fraktion fest, dass vor allem das Bauvolumen für gemeinnützige Wohnungen in den vergangenen Jahren unter den Landesräten Rüdisser und Tittler massiv hochgeschraubt worden ist.

Maßnahmenpaket

Wohnbausprecher Witwer verweist auf das aktuelle Maßnahmenpaket der Landesregierung: „Für die Wohnbauförderung und die Wohnbeihilfe stehen insgesamt rund 144 Millionen Euro zur Verfügung. Darüberhinaus wird das Projekt „Sicher Vermieten“ weiter ausgebaut. Dazu wird „Wohnen 500“ nochmals verstärkt.

MINT-Offensive engagiert fortsetzen

Am 5. Juli 2018 hat der Vorarlberger Landtag einstimmig ein MINT-Maßnahmenpaket beschlossen, das konkrete Umsetzungsvorschläge, etwa in Form von außerschulischen Lernorten, aber auch die umfassende Ausstattung der Vorarlberger Schulen mit technischen und naturwissenschaftlichen Unterrichtsmaterialien beinhaltet.



„Unser Ziel ist es, junge Menschen frühzeitig für Naturwissenschaften und Technik zu begeistern“.

LTVP Monika Vonier & Abg. Veronika Marte



interessieren“, berichten die Wirtschaftssprecherin der Vorarlberger Volkspartei, Monika Vonier und Bildungssprecherin Veronika Marte.

Mittels einer Landtagsanfrage an Landesstatthalterin Barbara Schöbi-Fink wollten die beiden in Erfahrung bringen, welche Schritte von Seiten der Landesregierung in die Wege geleitet wurden, um dem Landtagsbeschluss Rechnung zu tragen. „Mich freut es, dass diesem Thema im neuen Arbeitsprogramm so viel Bedeutung beigegeben wird und

„Grundgedanke dieser EntschlieÙung war es, junge Menschen frühzeitig für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik zu begeistern und in ihrer Berufsentscheidung vermehrt für technische Ausbildungen und Berufsfelder zu

eine umfassende MINT-Strategie für das Land entwickelt wurde. Mich interessiert, welche Zielsetzungen mit der Förderstrategie verbunden sind und welche konkreten Umsetzungsschritte geplant sind“, erläutert Vonier eine zentrale Fragestel-



Foto: © HighwayStarz – stock.adobe.com

lung. Wichtig ist für die Wirtschaftssprecherin der Vorarlberger Volkspartei, dass dabei auch externe Partner in die neue MINT-Förderstrategie eingebunden werden: „Ich orte innerhalb der Vorarlberger Wirtschaft eine große Bereitschaft, sich in dieses Projekt mit ihrem Know-how einzubringen.“ Ebenso zentral ist für Vonier, dass die Angebote im ganzen Land verfügbar sind: „Um wirklich in die Breite zu kommen, ist es ein zentraler Erfolgsfaktor, dass die Angebote auch in ländlichen Regionen erlebbar und nutzbar sind.“

Landtagstelegramm

Regierungsvorlage „Antrag auf Festlegung des Voranschlages des Landes Vorarlberg 2020“: Der Voranschlag wird mehrheitlich (V/G) angenommen.

Regierungsvorlage „Antrag auf Festsetzung des Beschäftigungsrahmenplans der Landesbediensteten für das Jahr 2020“: Die Vorlage wird mehrheitlich (V/G) angenommen.

Regierungsvorlage „Antrag auf Kenntnisnahme des Jahresbudgets 2020 der Vorarlberger Krankenhaus-Betriebsgesellschaft mbH“: Die Vorlage wird mehrheitlich (V/G) angenommen.

Regierungsvorlage „Antrag auf Kenntnisnahme des Jahresbudgets 2020 der Vorarlberger Landeskonservatorium GmbH“: Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Regierungsvorlage „Gesetz über eine Änderung des Bergführergesetzes“: Die Vorlage sowie ein VP-Änderungsantrag werden einstimmig angenommen.

Regierungsvorlage „Gesetz über eine Änderung des Schischulgesetzes“: Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

FPÖ-Antrag „Bezirksgericht Bezau muss erhalten bleiben – Ländlichen Raum stärken und nicht schwächen“: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Regierungsvorlage „Antrag auf Zustimmung zur Übernahme der Haftung durch das Land Vorarlberg als Ausfallsbürge gemäß § 1356 ABGB für einen von der Vorarlberger Wiederverwertungsgesellschaft mbH aufzunehmenden Kredit in Höhe von maximal EUR 9.476.000,00 für den Neubau des Betriebsgebäudes der Vorarlberger Wiederverwertungsge-

sellschaft mbH sowie der Erhöhung der jährlichen Betriebsabgangsdeckung der Vorarlberger Wiederverwertungsgesellschaft mbH zur Abdeckung der Annuität (jährliche Tilgung des Darlehens plus Zinsen) für die Kreditdauer“: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

S-Antrag „Drei Monate Wartezeit für eine OP sind genug – das Gesundheits- und Pflegesystem verbessern – Vorschläge für die Zukunft“: Der Antrag bleibt in der Minderheit (S/F/N bzw S/N).

Ausschussvorlage „Lange Wartezeiten auf Operationen senken“: Die Ausschussvorlage wird mehrheitlich (V/G/F/N bzw V/G/F) angenommen.

F-Antrag „Pflegeressort bei der Pflege zu Hause abschaffen: Pflege zu Hause darf nicht schlechter gestellt sein als die stationäre Pflege!“: Der Antrag bleibt in der Minderheit (F/S/N).

Ausschussvorlage „Förderung der 24-Stunden-Betreuung fortsetzen“: Die Ausschussvorlage wird mehrheitlich (V/G/S/N) angenommen.

S-Antrag „Modellregion Vorarlberg – beitragsfreies Klimaticket für junge Menschen bis 19“: Der Antrag wird einstimmig in den Ausschuss verwiesen.

Ausschussvorlage „ÖPNV-Klimapakete mit attraktiven Ticketpreisen“: Der Antrag wird einstimmig in den Ausschuss verwiesen.

S-Antrag „Wohnen endlich leistbar machen – jeweils drei konkrete Vorschläge für Land und Bund“: Der Antrag bleibt in der Minderheit.

Ausschussvorlage „Wohnen leistbar machen“: Die Ausschussvorlage wird mehrheitlich (V/G/F/N) angenommen.

Bundesrat: Vorarlberger Mandatare angelobt

Im Bundesrat sind - in Folge der Landtagswahl im Oktober - Magnus Brunner und Heike Eder angelobt worden.

Während Brunner bereits seit 2009 dem Bundesrat angehört und er nun auch einstimmig (für den Rest des zweiten Halbjahres) zum Vizepräsident wiedergewählt wurde, zog Eder erstmals in die Länder-

kammer des Parlaments ein. Die 31-jährige Heike Eder ist karenzierte Personalleiterin bei der AK-Vorarlberg.

Sie ist darüberhinaus eine der erfolgreichsten Behindertensportlerinnen (Paralympische Bronzemedaille im Slalom im März 2018) unseres Landes.



Im Interview: Drei Fragen an Landesstatthalterin Barbara Schöbi-Fink



Landesstatthalterin Barbara Schöbi-Fink ist verheiratete Mutter von drei Kindern. Nach dem Studium der Theologie und Germanistik arbeitete sie als Journalistin beim ORF. Ihre politische Karriere startete sie in ihrer Heimatgemeinde Feldkirch. Seit Jänner 2018 ist sie Mitglied der Landesregierung, seit November 2019 Landesstatthalterin.

Sie sind die erste Frau Landesstatthalterin. Verbinden Sie mit ihrer Berufung auch ein politisches Statement?

Wenn meine Berufung anderen Frauen Mut macht, eine große Aufgabe anzunehmen, freut mich das. Ich glaube, wir Frauen sollten mehr Ja sagen zu Führungsaufgaben, wir können das.

Welche Aufgaben sind mit dem Amt des Landesstatthalters verbunden?

Die Hauptaufgabe besteht darin den Herrn Landeshauptmann zu vertreten, sei dies bei Veranstaltungen, aber auch bei Verhandlungen oder Sitzungen.

Sie zeichnen nun auch für die Kulturagenden in der Landesregierung verantwortlich. Welche Akzente kann man von Ihnen in diesem Bereich erwarten?

Neben den vielen neuen und bekannten Projekten sind mir die Künstlerinnen und Künstler und das Publikum von morgen ein großes Anliegen. Alles was mit Zugang, Vermittlung und Teilhabe von jungen Menschen zu tun hat, ist mir deshalb besonders wichtig.

Wartezeiten sind zu reduzieren!

In der aktuellen Landtagssitzung wurde eingehend über OP-Wartezeiten in

den Landeskrankenhäusern diskutiert. Die VP-Gesundheitssprecherin Susanne Andexlinger betonte, dass in den Spitälern der Vorarlberger Krankenhausbetriebsgesellschaft die meisten Operationen zur rechten Zeit erfolgen.

Dieser Klub-Express ist für
DVR 0109533



„Es ist Aufgabe der KHBG bestehende Engpässe umgehend zu beheben.“

LAbg. Susanne Andexlinger

P.b.b. Sponsoring Post GZ 02Z031898 S
Erscheinungsort, Verlagspostamt: 6900 Bregenz
Aufgabepostamt: 6960 Wolfurt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber,
Verleger: VP-Landtagsklub, Landhaus, 6900
Bregenz
Tel.: 05574/511-31105, Fax 05574/511-31195
E-Mail: landtagsklub@volkspartei.at
<http://www.volkspartei.at/>

Sie räumte jedoch ein, dass es in einigen wenigen Fächern organisatorische Engpässe gibt, die zu langen Wartezeiten führen. Susanne Andexlinger: „Die Gründe für die Engpässe sind bekannt. Es ist Aufgabe der Krankenhausbetriebsgesellschaft diese umgehend zu beheben!“

Die Forderung der FPÖ, den Pflegeregress im ambulanten Bereich analog zur stationären Pflege abzuschaffen, ist aus Sicht von VP-Sozialsprecherin Schuster-Burda zu kurz gegriffen: „Die Voraussetzungen sind im ambulanten und stationären Bereich nicht deckungsgleich. Uns ist wichtig, dass wir die ambulante Pflege insgesamt noch stärker fördern. Ich erinnere nur an das jüngste Pflegepaket. Diesen Weg werden wir weiter fortsetzen.“

Volkspartei bekennt sich zur Pflegelehre

Entschieden wies VP-Sozialsprecherin Heidi Schuster-Burda auch die Kritik von Seiten der Opposition zurück, die Volkspartei bekenne sich nicht zur Pflegelehre: „Wir haben dieses Bekenntnis in der Ausschussvorlage ganz bewusst nochmals erneuert“.